

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Februarhälfte 900.— Mr. Einzelverkaufspr. 70.— Mr. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die acht gefärbten Zeitzeile oder deren Raum 200.— Mark, auswärtige 250.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Mr., für Reklame 800.— Mr. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926

# Lübecker Volksbote

Z a g e s s e i f u n g f ü r d a s a r b e i s e n d e Z o l t .

Nummer 39.

Donnerstag, 15. Februar 1923.

30. Jahrgang.

## Vollkommene Militärdiktatur in Essen.

zu Essen, 15. Februar.

Divisionsgeneral Journier hat dem Oberbürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armee zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe:

1. Das Hotel Handelshof wird requirierte.
2. Den alliierten Militärpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen bedienen zu lassen. Im Weigerungsfalle wird das Lokal geräumt; erforderlichenfalls wird Gewalt angewandt.
3. Den alliierten Militär- und Zivilpersonen wird das Recht eingeräumt, in allen dem Publikum geöffneten Geschäften zu kaufen, was sie nötig haben. Falls die Geschäftsinhaber den Verkauf verweigern, werden die Geschäfte geschlossen; erforderlichenfalls wird Gewalt angewandt.

### Die Antwort des Essener Oberbürgermeisters an Journier.

Essen, 15. Februar.

Der Oberbürgermeister der Stadt Essen hat an den Kommandanten der 128. Division, General Journier, folgendes Schreiben gerichtet:

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 13. Februar. Gegen die von Ihnen bereits durchgeführten und in Aus-

sicht genommenen Maßnahmen muß ich den schärfsten Einspruch erheben. Da in Deutschland nur deutsche Gesetze Geltung haben und keinem Deutschen ein Anspruch eingeräumt ist, in einem Gasthaus bedient zu werden oder in einem Laden Waren verabschloßt zu erhalten, wenn der Besitzer die Abgabe verweigert, kann durch Ihre Anordnung dieses Recht, fremden Militärpersonen und interalliierten Zivilpersonen nichts zu geben, nicht besitzt werden. Ihre Anordnung ist daher rechtswidrig. Die gewalttame Durchführung der Maßnahmen dürfte praktisch zur Aufhebung des Privateigentums führen, das in allen Kulturstaten anerkannt ist. Die im letzten Absatz Ihres Schreibens den deutschen Behörden zugeschobene Verantwortlichkeit für alle Zwischenfälle, die sich aus der Durchführung ihrer völkerrechtswidrigen Maßnahmen ergeben könnten, muß ich mit Gnadenlosigkeit ablehnen. Die Weigerung der Geschäftsleute erfolgt auf Grund der Beschlüsse der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen der beteiligten Berufskreise und entspringt spontan und elementar ohne irgend eine Einwirkung der Behörden der berechtigten Entrüstung der Bevölkerung über die ihr widerfahrene Vergewaltigung und über die täglich sich wiederholenden brutalen und entehrenden Angriffe auf Leib und Leben wehrloser Menschen, aus der Erkenntnis, in der Bestreitung ihrer einsatzfreien und berechtigten Lebensbedürfnisse täglich mehr durch die Besetzung eingeengt und bedroht zu sein. Wenn Sie, Herr General, Zwischenfälle vermeiden wollen, bitte ich dringend, von der Durchführung der von Ihnen angekündigten Maßnahmen Abstand zu nehmen.

Essen, den 14. Februar 1923.

Der Oberbürgermeister.

### Militarisierung der Eisenbahnen?

#### Neue Gewaltstaten.

SPD. Dortmund, 14. Febr., 1 Uhr mittags.

(Eigener Drahtbericht.)

Die französische Presse hat angekündigt, daß die Regierungen Frankreichs und Belgiens beabsichtigen, die Eisenbahn des neubesetzten Gebiets in eigene Verwaltung zu übernehmen. Augenblicklich verspürt man von technischen Vorbereitungen hierzu, die nicht so einfach sind, wie man es sich in Paris vorzustellen scheint. Heute werden an verschiedenen Stellen neue Truppenbewegungen gemeldet. So oft die Franzosen Truppenbewegungen unternahmen, folgten diese militärischen Aktionen irgendwelche technische Maßnahmen, so daß eine entsprechende Annahme auch in bezug auf die neuen militärischen Unternehmungen nicht unangebracht scheint.

Sonst hat sich die Lage im allgemeinen nicht verändert. Die Eisenbahndirektion in Hamm (früher Essen) bestätigt uns auf Anfrage, daß die Kontrollmaßnahmen der Franzosen auch für metallurgische Produkte hart durchgeführt werden. Die Bahnhöfe in Wesel und Emmerich sind bis heute vormittag noch nicht besetzt, es wird erwartet, daß wenigstens vorläufig auf dem Landweg noch die Milchtransporte von Holland auf Grund des heute in Kraft tretenden deutsch-holländischen Milchabkommen unbehindert durchgeführt werden können.

An rigoren Maßnahmen der Besatzung war auch der heutige Vormittag reich. Verhaftungen und Ausweisungen nehmen weiter ungehindert ihren Fortgang. Die Beschlagnahme von Automobilen wird im ganzen neubesetzten Gebiet fortgesetzt. Die zu diesem Zweck eingerichteten Autofallen sind Tag und Nacht in Tätigkeit. In Herdecke wurde das Erscheinen unseres Dortmunder Parteiblattes verboten. Auch über eine ganze Reihe bürgerlicher Blätter ist heute ein Verbot verhängt worden. Der Stadt Bochum wurde wegen des erfolgten Zwischenfalls in der vergangenen Woche, dem ein französischer Soldat zum Opfer fiel, eine Geldbuße von 100 Millionen Mark auferlegt, die in kürzester Frist bezahlt sein soll. In Gelsenkirchen sind die städtischen Beamten aus Protest gegen die gestern von den Franzosen verübten Gewalttaten in den Streik geraten. Regierungspräsident Gründer hat heute morgen bei dem kommandierenden General in Düsseldorf entschieden gegen die gestrige militärische Aktion protestiert. Eine Deputation von Beamten in Gelsenkirchen hat sogar nach Recklinghausen begeben, um die Freilassung der Verhafteten zu verlangen. Die am Montag vorgenommene Verhaftung des Betriebsrats der Zeche „Ewald-Fortsetzung“ ist aufgehoben worden.

SPD. Essen, 14. Februar.

Der Güterverkehr im Wuppertal ist sehr gering. Esbeckfeld ist nur auf Umwegen zu erreichen. In Dortmund-Dorstfeld müssen sämtliche Züge neuerdings 25 Minuten halten.

Die Behörden des neubesetzten Gebietes, soweit sie hierzu zuständig sind, melden übereinstimmend, daß sich die Forderungen der Unternehmer auf Basis von Lohnansprüchen wesentlich verstärken.

In den letzten Tagen hat sich mehrfach herausgestellt, daß polnische Bergarbeiter den Franzosen Mitteilungen über die Abläufe der deutschen Gewerkschaften zukommen lassen. Auf Zeche „Präsidium“ ist ein Pole festgestellt worden, der für jede seiner Gruppenrichter von der Besatzung 20 000 Mark erhalten hat. Also Voricht, deutscher Bergarbeiter!

Die Milchlieferung für die Stadt Essen ist in den letzten Tagen sehr stark zurückgegangen. Während sie in den Vorwochen 25 000 Liter pro Tag betrug, wurden in den letzten Tagen nur 3000 Liter angeliefert.

### Französische Missstimmung.

SPD. Essen, 14. Februar.

Durch Zufall ist uns ein Brief eines französischen Offiziers, der in Essen stationiert ist und der an dessen Frau gerichtet war, in die Hände gefallen. In dem Brief heißt es u. a., es sei gar kein Gedanke daran, daß seine Frau nach Deutschland kommen könnte. Er und seine Kameraden sehnen sich furchtbar nach der Elsel zurück. Dort sei die Bevölkerung doch ganz anders. Der passive Widerstand, der im Industriegebiet von Tag zu Tag zunehme, werde geradezu unerträglich. Kein Mensch verkehre mit ihnen, keiner würdige sie auch nur eines Blickes. Dazu käme die Sorge, was aus der ganzen Geschichte werden sollte. Große Sorge machten ihm auch die Mannschaften. Die Zucht lockt sich, aufrührerische Reden würden laut, es ereigneten sich Fälle von Defektionen. Besonders viele Leute, die zu einer örtlichen Uebung eingezogen seien, murkten und erklärten, daß kein Gott sie halten könnte, daß sie nach Ablauf der Tage schnellens wieder nach Frankreich zurückkehren würden. Die französischen Eisenbahner, die aus den friedlichen Verhältnissen herausgerissen seien, murkten und ließen es auch an der nötigen Arbeitsfreudigkeit fehlen. Auch die belgischen Soldaten seien unzuverlässig; man hätte kürzlich zwei Regimenter auswechseln müssen.

### Kommt die Vernunft?

Paris, 14. Februar.

Der Lyoner Stadtrat nahm mit einer Mehrheit, die aus Radikalsozialisten und Sozialisten zusammengesetzt war, folgende Resolution an: Überzeugt, daß die Politik, die zur militärischen Besetzung des Ruhrgebietes führte durch einen republikanischen Willen hätte vermieden werden können, der die Entwicklung des Einvernehmens der Demokratien begünstigt hätte, protestieren die Stadträte von Lyon gegen einen Nationalismus, der es nicht gestattete, ein Einvernehmen zu suchen. Sie hingen den Wunsch, daß an die Stelle gewalttätiger Lösungen eine neue juristische Ordnung treten möge, und sie fordern, um die Reparationszahlungen zu erleichtern, daß ein wirtschaftlich-finanzielles Einvernehmen studiert werde und daß die Lösgung aller nationalen Konflikte, insbesondere jener, die sich aus der Liquidierung der Kriegsschulden zwischen den Staaten ergeben, dem Völkerbunde übergeben werden.

### Die französischen und belgischen Gewerkschaften.

Am Sonntag trafen sich in Lille Vertreter der Gewerkschaftszentralen Frankreichs und Belgiens, um die Lage der Arbeiterklasse beider Länder zu prüfen und sich auszutauschen über die Mittel, deren Anwendung in Frage kommen könnte gegenüber der politischen Situation von heute. Dabei ergab sich, daß die Stellung des Proletariats beider Länder dieselbe ist gegenüber dem Reparationsproblem und der auswärtigen Politik der belgischen und französischen Regierung. Einmüllig wurde diese Politik verurteilt und verlangt, daß die Reparationsfrage dem Schiedsgericht des Völkerbundes unterworfen werde. Um anklärend im Sinne dieser Lösung des Problems zu wirken, wurde beschlossen, gemeinsame Kundgebungen in Belgien und Frankreich zu veranstalten.

Dollar 10 000.

### Wirtschaftliche Zuspitzen.

(Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.)

SPD. Dortmund, 14. Februar.

Es hieße Selbstbetrug üben, wollten wir die Lage rosig schildern als sie ist und Tatsachen zu gunsten der Franzosen bewußt ausbauschen. Diese Methode wird leider in einem Teil der deutschen Presse beliebt, trotzdem die Erfahrungen mit dieser Taktik aus dem Kriege schrecken sollten. Was hat es, um nur ein einziges Beispiel zu nennen, für einen Sinn, bei jeder Wiedergabe eines Zusammensetzes mit den Franzosen auf dem Papier gleich Blut fließen zu lassen? Wir sind der Auffassung, daß die wahrheitsgetreue Wiedergabe der Geschehnisse im Ruhrgebiet das unwürdige Verhalten der Franzosen und Belgier am besten kennzeichnet. Es liegt nur im Interesse unseres Abwehrkampfes, wenn sich die bürgerliche Presse, insbesondere die Berliner, diese Auffassungen zu eigen machen würde, und es könnte nichts schaden, wenn die Regierung in diesem Sinne auf das halbamtlische Wolfsbureau ihren Einfluß geltend mache.

Es entspricht lediglich der Wahrheit, wenn wir feststellen, daß sich die Situation von Tag zu Tag verschärft und daß sowohl Deutschland wie Frankreich unter dieser Verhältnis wirtschaftlich in gleichem Maße leiden. Neuerdings hat die Besetzung die Ausfuhrsperrre auch auf Eisen- und Stahlzeugnisse ausgedehnt. Verschiedene Sendungen dieser Art sind bereits festgehalten, bisher jedoch noch nicht beschlagen. Die Eisen- und Stahlindustrie lehnt es ebenfalls ab, um Genehmigung zur Ausfuhr ihrer Erzeugnisse in das unbefestigte Gebiet nachzusuchen und denkt zurzeit nicht daran, Ausfuhrabgaben zu entrichten. Dieser Opfergeist, den die Arbeiterschaft tagtäglich in duzenden Fällen beweist, ändert aber nichts an der Tatsache, daß sich im linksrheinisch besetzten Gebiet gegenwärtig ein starker Kohlemangel bemerkbar macht. Der Eisenbahnverkehr steht hier eine ganze Zahl von Kohlen-Lastautos sind von der Besetzung beschlagen. Jedes Betriebsleiterfahrtungen nicht ausgeschlossen sind. Der Regierungspräsident hat bisher bei der Besetzung vergeblich versucht, hier Abhilfe zu schaffen. Die so systematisch von den Franzosen zum eigenen Nachteil hervorgerufene wirtschaftliche Zuspitzen und die bereits entstehende Stimmung innerhalb gewisser Bevölkerungskreise hat am Dienstag leider zu Unruhen in Kreisfeld geführt. Es sollen hauptsächlich Gewerkslose gewesen sein, die sich hieran beteiligten und mit der Polizei zusammenstoßen sind. Die Regierung kann die Wiederholung derartiger Vorkommnisse verhindern, wenn sie die Not der Vermüten nach besten Kräften durch finanzielle Unterstützung lindert. Für Kreisfeld speziell muß der Anteil des Reiches an den Notstandsarbeiten den Verhältnissen unbedingt schnellstens angepaßt werden. Im übrigen erscheint es angebracht, daß die preußische Regierung den ihr untergeordneten Justizien im belegten Gebiet sofort Anweisung zur Auszahlung der Zuschüsse für die Gehälter der Gemeindebeamten gibt.

Neuerdings ist für das alt- und neubesetzte Gebiet der Gemeinderat Burghardts aus dem Preußischen Landwirtschaftsministerium zum Ernährungskommissar ernannt worden. Von seiner Energie und Entschlossenheit wird riesig von einem erfolgreichen Abschluß des Abwehrkampfes abhängen. Die in Aussicht genommene Wucherstelle in Dortmund, deren Wirkungskreis für das neubesetzte Gebiet bestimmt ist, kann dem Ernährungskommissar gute Hilfe leisten. Wir sind uns klar darüber, daß Burghardt eine schwierige Aufgabe übernommen hat. Die Verkehrsverhältnisse sind alles andere als glänzend. Die Beförderung von Lebensmitteln auf den Straßenbahnen und mit Autos macht Schwierigkeiten, eben sie können schließlich von einem Mann mit Entschlusskraft wenigstens teilweise überwunden werden. Von der Verjüngung der Bevölkerung mit Lebensmitteln hängt letzter Endes alles ab. Diese Auffassung leitet auch die Franzosen. Deshalb ihre Taktik! Sie verhindern peinlich, die Lebensmittel zufuhr direkt zu unterbinden, aber ihre Maßnahmen lassen keinen Zweifel darüber, daß sie darauf ausgehen, zum mindesten für die Verjüngung mit dem täglichen Bedarf Schwierigkeiten zu machen. Nur ein Beispiel: Der Ernährungskommissar hat am Mittwoch versucht, den Bahnhof Hengstey wenigstens für die Milch zu Fuß frei zu bekommen. Die Franzosen hatten die „Milch“, diesem Wunsch sofort nachzukommen, als sie gesattelt wollten, daß täglich drei Wagen mit Milch Hengstey passieren. Dieses Zugeständnis, das nicht einmal die Transportkosten lohnt, kennzeichnet die Absicht der französischen Militärs klar. Hier entgegenzuwerken haben sich die Gewerkschaften zur Pflicht gemacht. Zunächst werden sie schon in den aller nächsten Tagen mit groß angelegten Auflärungsarbeiten beginnen.

### Memel an Lissau.

Paris, 15. Februar.

Die Botschafterkonferenz hat das Statut des Memelgebiets gründlich geregt, indem sie die Dispositionen, die sie früher gegen das Vorgehen der auständischen Litauer festgestellt habe, bestätigt. Die Botschafterkonferenz habe der Regierung in Rom mitgeteilt, daß sie die Absicht habe, den Hafen von Memel unter die Souveränität von Litauen zu stellen unter der Voraussetzung, daß die litauische Regierung sich verpflichte, gewisse Gleicherungen, besonders auch Schiffahrtsvereinfachungen im Durchgangsverkehr mit den Nachbarstaaten umzusetzen. Wenn die litauische Regierung die verlangten Sicherheiten gebe, werde Petrus, der Präsident der interalliierten Kommission, seine Beschlüsse niedergelegen und Litauen werde dann die jure anerkannt werden. Die endgültige Entscheidung werde dann sofort getroffen werden, nachdem die Antwort von Rom eingegangen ist.

# Reichstag.

300. Sitzung.

Berlin, 14. Februar, 2 Uhr nachm.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf auf den am Dienstag abend verstorbenen Abgeordneten Bogtherr. Er hat dem Hause von 1913 bis 1908, dann von 1912 bis 1918 und jetzt wieder seit 1920 angehört. Er gehörte, so sagte der Präsident, zu den eispiralen Mitgliedern des Hauses. Er hat auf kulturreligiösem und sozialpolitischen Gebiet mit Eifer sich den Augen gegeben, die er für seine Partei als richtig erkannt hatte. Gestern abend noch wollte er im Hause; er hatte es frisch verlassen, und über Nacht hat der Tod sein entbehungs- und arbeitsreiches Leben ausgeschlafen. (Die Mitglieder hören der Nachruf stehend an.) Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu Ehren des Verstorbenen erkoren haben.

Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen wird der erste Reichstag, der die Mittel für die Neuregelung der Beamtenversorgung ansieht, ohne Debatte dem Haushaltsschluß überwiesen und die Vorlage über die Milderung des Postabfahrtessches das die Stammeinlage auf 1000 Mark erhöht, in zweiter Lesung erledigt.

Einstimig wird in allen drei Lesungen ein Antrag sämtlicher Parteien angenommen, die Unterstützungsbeschlüsse der Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 auf das 1½-fache zu erhöhen. Dazu werden zwei Entschließungen angenommen, die von der Reichsregierung die Erhöhung der Unterstützung für Erwerbslosen spätestens ab 19. Februar in dem vom Sozialpolitischen Ausschuß beschlossenen und von uns revidiert gemeldeten Ausmaße und die Ausarbeitung eines Erfüllungsvorhabens fordern, das als Grundlage für die automatische Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung dienen soll.

Das Haus legt dann die Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums fort.

Ebd. Dr. Moes (Soz.): Beleidigt die Tatsache des Reichsbeamtenabsturzes, der sich demnächst auch mit dem Fall Höls zu befürchten habe. Der vom früheren Reichsjustizminister Kaudisch hergestellte Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches sollte vereinfacht werden. Das immer noch mit Recht von Klassenjudikatur geprägten werden kann, bei seinerzeit niemand anders als der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Herre, der heutige Reichsjustizminister, vorgegeben. Nach den Ausführungen des Ministers wird man wohl von sehr lange auf die Reform des Strafvolkes warten müssen, was vom Standpunkt des Rechtes aus jetzt zu bedauern ist. Wie bedenklich der bisherige Strafvolksgesetz auf die Kriminalität wirkt, geht aus der unverhältnismäßigen hohen und immer weiter steigenden Zahl der Kriminellen hervor. Ein Gefühl der Menschlichkeit ist es, den unschuldigen Kindern zu ihrem Menschenrecht zu befreien. Urmenschlich muss es gemacht werden, daß Kinder im Justizgefängnis in eine schwere Klasse gehen die heutige Gesellschaft. Für diese armen Opfer steht ich nicht leicht ein fühlendemachendes Leid ein, wie etwa bei der markantesten Gruppe Schülern oder dem Unter-Olimpia in Hirschfeld. Der Richter sollte auch dem Strafvollzug in den Ländern ein Augenmerk zuwenden.

Ebd. Dr. Kiebler (DBP) fordert dringend Maßnahmen gegen die Art der Irregularität.

Ebd. Giebel (SPD): Die Gehälter der Anwaltsangestellten und die Feste nur um das 10fache gehen die Friedenszeit gesetzten. Bezaubernderweise kostet dieser Betrag bis zu 40 000 Mark. Dem Justizministerin möcht die Strafvolksgesetz nicht die geringste Abwendung. Dieser Widerstand muss gebrochen werden.

Reichsjustizminister Dr. Heinze erklärt, erfreut auf eine Berichtigung der Unzulänglichkeiten des Strafvolksgesetzes der Friedenszeit, der einen Dienst auf eine vorzühlige Regierungskommission zu leisten. Der Minister antwortet die Reformbedürftigkeit des Strafvolksgesetzes, bestreitet aber, daß wir darin eigentlich erhebliche Fortschritte im Rücken hab.

Ebd. Hoffmann (Soz.) fordert Reformen im Finanzamt, das ein Konservatistische Seite und in dem die republikanischen Beamten zurückgeworfen und die monarchistischen öffentlichkeit bestätigt werden. Der Präsident des Senates freut sich einer

Reichsjustizminister Dr. Heinze erläutert, der Präsident des Senates sei ein wahrgewandtes Gesetz. Zum Beginn des neuen Jahres ist keine Reise hier.

Das Gesetz des Reichstags löste die Ausgaben und Einnahmen des Haushalts wieder her.

Das Gesetz des Reichstags der Eröffnung des Haushalts des Reichsjustizministeriums des Jahres ist \*

Ebd. Dr. Göttsche (SPD): Für die Entwicklung und Verfestigung des Nationalsozialismus bleibt noch erstaunlich viel zu tun. Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums. In der Bildung eines Staates sind die Interessen des Volksstaates beständig. Das ist die Voraussetzung unserer deutlichen Politik. Das ist auch die Herstellung eines funktionierenden Staates des Rechtes in der Sowjetunion. Wir wollen einen sozialen Frieden auf Universitätswelt, der die Bundesrepublik als die einzige ablehnen sollte. Bei den großen Gefahren der Sowjetunion und der Nationalsozialisten bei auch der politischen Nationalsozialisten keine Gefahr schützen. Deutschland ist ja, wenn es gelingt, in jeder eine Riedelstein erfüllt, der das Nationalsozialistische Gesetz zur Zukunft weiterleben wird. Die besondere Riedelstein ist das Nationalsozialistische Willkür in der Sowjetunion. Wenn das Nationalsozialistische Willkür in der Sowjetunion nicht die Sowjetunion zerstört, so kann es die Sowjetunion zerstören. Das ist ein großer Fehler der Sowjetunion und der Nationalsozialisten.

Ebd. Dr. Göttsche (SPD): Für die Entwicklung und Verfestigung des Nationalsozialismus bleibt noch erstaunlich viel zu tun.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Die Erfahrung kann nur in jahrelanger Wissenswert aus dem Kriege gewonnen werden durch die Meinung der politischen Stärke in einer Stütze durch die Bildung des sozialen Gegenseitig und durch die Freiheit des Arbeiters und Lebensraums.

Rechts- und Landesversorgung befinden. (Zustimmung.) Auch alle diejenigen vertragen ein Hochstrafenrecht, die die Gegenläufe vertreten. Die Republik muss die Hochschule geistig und moralisch zu erobern suchen. (Sehr richtig! links.) Wir befürworten die Klasse zwischen Studenten und Arbeitern. Die Vorwürfe müssen hinweggeräumt werden. Deutsche Wissenschaft und deutsche Arbeit schließen zusammen. (Lebh. Zustimmung.) Große Teile unserer Studentenschaft erwerben sich ihr Wissen hungrig, frierend und hartarbeitend. Viele höhere leeren sich, weil Eltern und Studierende die Studiengelder nicht mehr aufbringen können. Zahlreiche Studenten arbeiten nicht nur in den Ferien als Wertschaffende, sondern verdienen sich auch während des Semesters als Schuhmacher, Buchbinden, an der Schreibmaschine, an der Hobelbank, in der Küche ihres häuslichen Brots. Wir müssen verhindern, daß diese sozial rauschdelassierten Schichten in die Hände von politischen und sozialen Schurken fallen. Es ist kein Ruhm für die deutschen Hochschulehrer, daß so viele Studenten der armelang nationalsozialistischen Agitation erliegen sonnen. (Lebh. Zustimmung links.) Was geschehen kann, um der republikanischen Staatsregierung auf den Hochschulen Boden zu verleihen, findet unser Unterstützung. Wir erwarten, daß das Reichsministerium sich bemüht, eine Notgemeinschaft der Kunst zu bilden. (Zustimmung.) Es ist eine der traurigsten Erfahrungen, von welcher hochkapitalistischen Unkultur, daß alle Welt zuerst, als Konkurrenten Grüne aufzuführen wie wir, während die wirkliche Kunst mit seinem Sinn und propriaitem Blute verhungert und vorhungernd. (Lebh. Zustimmung.) Das Reich muss hier helfen, so gut es geht und muß auch private Initiativen zu erschließen suchen. Dasselbe gilt für die Erhaltung und Förderung der Handwerkskunst. Man sollte ferner versuchen, die Jugend vor Künsten und sozialen Verstülpungen, vor Glücksspielen, vor Automatenhallen zu bewahren. Wenn das Reichsministerium auf diesem Gebiete geschickte Vorstöße zu machen hat, werden wir sie prüfen. Verdines darf unter keinen Umständen willkürliche Kunst getrieben werden. (Beifall.) Es das Gesetz zum Schutz der Republik verabschiedet wurde, beschäftigte man bei den Reichsparteien keiner gegen nichtrepublikanisch geführte Parteien. Von solcher Hecke haben wir bis jetzt nichts gesehen. Immer noch sind republikanische Beamte vielleicht mehr bedroht als monarchistische. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir wollen keine Gesinnungskünste, aber Achtung vor der Republik und ihren Symbolen. Wer die schwartzrotgelben Fahne, die das alte Reichsvaterland ist, die aus Bauteilen gefertigt und die Zeichenname unserer Freiheitskämpfer gestellt hat, beschützt, ist ein Bube, und nicht wert, deutscher Bevölkerung zu sein. (Stark Zustimmung links.) Das Reichsmuseum des Panzers als Zentrale der ganzen Reichsverwaltung hat die Reichsgerichte und die Einheit des Reichs zu pflegen. Mit vorbildlichem Tatkraft waltet auf diesem Gebiete der Reichspräsident seines Amtes. Wenn das Reich so in Gefahr ist wie jetzt, brauchen wir einen starken zwingenden Reisen um das Adelburgsche untreue Reich. Es ist keine Zeit für partiziparistische Eigenständigkeit. Diesen, die vielen deutschen Beamten, Lehrern, Erziehern, geistigen Arbeitern den deutschen Freiheit verfeindt, sind die wahren Reichsfeinde. Wer jetzt mit Bewunderung vor den proletarischen Kämpfern an der Ruhr spricht, der liegt damit ja auch ein Lobherr auf die deutsche Freiheit und die deutsche Republik, die ihn unblüthig vorbereitet, die niemals verweichen werden, wie der Kampf auch ausgehen wird. Seien Sie (noch rechts). Dieser Kampf sei möglich in einem Staat mit dem Dreilaendervertrag, in Gemeinden, in Kreisen, wo eine volkstümliche Bürokratie die Massen von der Verwaltung ferngehalten hat wie früher? Nur weil die Massen das Sammeln haben, ein wichtiger Teil dieses Staates zu sein, müssen sie den Kampf mit diesem Schneid. (Lebh. Zustimmung links.) Die Massen verlangen dafür keinen Dank und keine Gedanken, aber es ist klar, daß ihr Erfolg in der Politik, in der Wirtschaft, in der Verwaltung Deutschlands so ein mächtig wie es der Kaiser des Reiches gebildet. Im Westen ist der gemeinsame Zug aus der Versetzungsfurkunde von Weimar Gelung beobachtet: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Den deutschen Volke, nicht von den Generälen Frankreichs. Das Wort soll offen lassen kann! Dieses Wort gilt nicht nur für den französischen Militäristen, sondern auch für alle diejenigen in Deutschland, die dem Volk die Staatsgewalt wieder entreißen möchten. (Lebh. Zustimmung.) Wir fordern, daß das Reichsministerium in sozialem und demokratischem Geiste geführt wird. Die Gesetze für das Reich ist groß, aber wir trauen dem Hakenkreuzen Wort, wo die Gefahr groß ist, die Rettung wechselt. Wir lieben nicht am Ende der deutschen Nation. Das Reich mag vorübergehend erschittert werden, unüberwindlich ist der staatsähnliche Wille der ganzen deutschen Jugend, die auf deutschen Boden leben und von deutscher Kultur geprägt werden. (Lebh. Beifall.) Dieser soziale und demokratische Wille wird alle Befürbende besiegen. Gerade wir Sozialdemokraten müssen eine gewisse Stärke des Nationalsozialismus wünschen, weil in einem nationalsozialistischen Volk der Klassenkampf gekämpft und an letzter Stelle jugendliche und zweitwichtigste Ausbildung gefordert wird. Die innere Politik der deutschen Republik soll bei der Aufführung aller sozialistisch und kulturell ausgerichteten und dem republikanischen Staate dienenden Elementen dienen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Rückfrage: Gestern: Donnerstag 2 Uhr. (Weiterbericht.)  
Sitzung 6 Uhr.

## Der englische Pessimismus.

Die Eröffnung des englischen Parlaments brachte die große Überraschung über Frankreichs Einfuß in das Ruhrgebiet, der man mit Spannung entgegengestellt, ohne doch Erkundendes von ihr zu erwarten. Im Mittelpunkt des Interesses stand natürlich die Rede des englischen Ministerpräsidenten, die Amtsläuter darüber geben wurde, wie England der französischen Union gegenübersteht. Während der Ministerpräsidenten Lloyd George bei seinen Gelegenheiten wiederholte, daß der Krieg gegen den Kaiser und gegen die deutschen Krieger geführt wird, so grüßte er mit den Kameraden, den der Tod so plötzlich aus dem Leben riss.

Er hat zu redlichem Teile mitgewirkt, um die sozialistische Weltanschauung zu verbreiten. Wir Überlebenden wollen an die Arbeit gehen, um das Werk zu vollenden!

Nachfolger Bogtherrs im Reichstag ist nach dem Wahlausfall der früheren USP. der Expedient August Müller in Stettin.

## Der Eindruck der Rede Bonar Law.

Paris, 14. Februar.

Die Rede Bonar Law hat in Paris tiefen Eindruck gemacht. „Wir Patrioten“ bemerkt, es sei klar, daß England den geeigneten Augenblick für eine Vermittlung abwartete. Man müßte fragen, welche Art von Vermittlung denselben sei in einem Kampf, der von den Deutschen selbst als ein Kampf auf Leben und Tod bezeichnet worden sei. „Libre Parole“ meint, Englands ehemalige Kultur sei so zu erklären, daß es im Falle eines Erfolges der Ruhr-Aktion am Gewinn teilnehmen und im Falle eines Misserfolges den Schiedsrichter zwischen Frankreich und Deutschland spielen mölle. Poincaré würde das französische Volk einer Täuschung preisgeben, wenn er daran hielte, daß Frankreich mit den Verbündeten verein bleiben müsse.

„Gaulois“ sieht den Hauptgegensatz zwischen Frankreich und England darin, daß England den deutschen Versprechungen vertraut, während Frankreich jedes Vertrauen verloren habe.

## Ewald Bogtherr +

Plötzlich und alle Welt überraschend hat der Tod am Dienstag den Reichstagsabgeordneten, Genossen Ewald Bogtherr, Minister des Freistaats Braunschweig, aus dem Leben gerissen. Noch an der Reichstagsitzung vom Dienstag hatte er teilgenommen und war noch in fröhlicher Stimmung, als er von seinem näheren Verlobten Abschied nahm. Er folgte der Einladung eines befreundeten Kaufmannes in Steglitz zum Abendessen und wurde von diesem begleitet, als er sich nichts in seine Wohnung begeben wollte. Unterwegs wurde Bogtherr auf dem Augustaplatz in Lichtenfelde plötzlich von einem Unwesen befallen und mußte sich auf einer Bank niederlassen, während der Freund bemüht war, Hilfe zu holen. Als er zurückkehrte, war Bogtherr inzwischen verstorben. Augenscheinlich hatte ein Herzstillstand seinen Leben plötzlich ein Ziel gesetzt. Die Leiche wurde vorläufig nach der Leichenhalle des Friedhofes in Lichtenfelde gebracht.

Mit Bogtherr verliert die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratie einen alten und stets arbeitsbereiten Genossen, der auf eine lange parlamentarische Erfahrung zurückblickte. Im November 1889 in Landeshut (Schlesien) geboren, widmete er sich nach Beendigung seiner Schulzeit dem kaufmännischen Berufe und unterhielt zu Beginn der neunziger Jahre ein Eisenwarengeschäft in Berlin. Von 1889 bis 1899 gehörte er dem Berliner Stadtverordnetenversammlung an, und in der Wahlperiode von 1893 bis 1898 war er für den damaligen dritten Berliner Wahlkreis in den Reichstag gewählt. Später hielt er sich längere Zeit in Stettin auf, von wo er im Jahre 1912 erneut in den Reichstag entsandt wurde. Nach der Revolution wurde er wieder vom Wahlkreis Pommern in das Parlament der Republik gewählt.

Innenhalb der alten Partei hat Bogtherr immer auf dem linken Flügel gestanden. Und als während des Krieges die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ aus der Gesamtfraktion ausstieg, wurde Bogtherr Fraktionssekretär der neuen Gruppe, der Vorläuferin der späteren USP-Partei. Als Mitglied der USP wurde er auch beigedrehter Staatssekretär im Reichsmarineamt während der Regierung der Volksbeauftragten. Vor einigen Monaten wählte ihn der Landtag in Braunschweig, wo er bis dahin das Parteiblatt der USP redigierte, zum Justizminister. Dieses Amt hat er nur kurze Zeit ausfüllen können.

Die Partei betrautet in dem so plötzlich Dohringeschiedenen einen Genossen von großem Fleiß und nie ermüdetem Eifer für die Sache der Arbeit. Die schweren Zeiten des Parteilebens haben ihn oft in scharfem Kampfe gerade gegen seine früheren und jetzigen Parteigenossen von der alten Sozialdemokratie gejagt, aber über dem Streit der Meinungen stand doch das gemeinsame Interesse, den Sozialismus zum Siege zu führen. Und so grüßten wir den Kameraden, den der Tod so plö

# An die Deutsche Arbeiterschaft!

SPD. Wir werden um Abdruck folgenden Aufrufs gebeten:

Im Namen einer internationalen Bewegung, die in der ganzen Welt ihre Vertreter hat und die eine völlige Umgestaltung unserer Gesellschaftsordnung zu einer neuen Menschlichkeit und Brüderlichkeit erwartet und fordert, fühlen wir uns gezwungen, in dieser dunklen Weltstunde dem deutschen Volke und besonders seiner Arbeiterschaft unserer brüderlichen Gruss zu senden. Wir beklagen aus äußerste die Vorgänge, die nun als eine neue furchtbare Prüfung über das deutsche Volk gekommen sind und die ganze Welt noch tiefer in die Hölle des Hasses und Gedenks zu stossen, ja den endgültigen Untergang Europas herbeizuführen drohen. Im Angesicht dieser schrecklichen Not und Gefahr müssen wir dem deutschen Volke die Versicherung jurieren, daß es das Urteil der ganzen Welt auf seiner Seite hat, wenn es ihm gelingt, in der Ordnung der internationalen Verhältnisse gegen das Prinzip der Gewalt das des Rechtes zu vertreten, und daß es dann einen Sieg erringen wird, der unvergleichlich höher und größer ist als alle Schlachten siege. Es kommt nun für das Schicksal der Welt alles darauf an, daß das deutsche Volk diese überlegene Haltung bewahrt. Dann mag rascher, als wir denken, eine entscheidende Besserung zum Besseren eintreten. Besonders liegt auf den Schultern der deutschen Arbeiterschaft in diesem Augenblick die ebenso ehrenvolle als schwere Aufgabe, den neuen Weltbrand zu verhindern und das Beispiel einer neuen Menschenwürde in der Lösung internationaler Konflikte zu geben. Möge sie mit aller Macht und unerschöpflich den Gesichtspunkt festhalten, daß das Reparationsproblem eine internationale Aufgabe ist, die nur mit internationalem Mitteln gelöst werden kann. Es gibt heute bereits Mittel der Verständigung von Volk zu Volk über die Rätsche aller Gewalt- und Interessenpolitiker hinweg und eine Gemeinschaft der Völker, die jeden Krieg zum Bürgerkrieg macht. Möge darum insbesondere die deutsche Arbeiterschaft das Reparationsproblem als ein nicht bloß deutsch-nationales Anliegen, sondern als eines des ganzen Menschheitsvolkes betrachten und behandeln. Im Kampfe um eine bessere Lösung dieses Problems als es die bisherige war, sind mit ihr die edelsten Kräfte der ganzen Menschheit, auch diejenigen Frankreichs, verbündet. Auf diese Kräfte gilt es zu vertrauen, mit ihnen müssen wir es wagen, denn sie allein können die Welt retten. Jeder andere Weg führt zum absolut sichereren Verderben. Es gilt nun, statt den Fluch der bisherigen Methoden durch neuen Fluch zu vermehren, erst recht mit höchster Entschiedenheit den neuen Weg zu gehen, den Weg der Brüderlichkeit der Völker, des gemeinsamen Trostens und Südens vom Irrtum und Schuld, des gemeinsamen Suchens nach wahrhaft menschlichen und göttlichen Lebensordnungen. Möge gerade das deutsche Volk auf diesem Wege eine neue Größe suchen. Wir aber würden es nicht wagen, ihm und im besonderen der deutschen Arbeiterschaft diesen Gruss zu senden, wenn wir nicht entschlossen wären, all unsere Kraft für eine bessere Zukunft des deutschen Volkes, wie für eine neue Ordnung der menschlichen Verhältnisse überhaupt einzusehen.

London und Zürich, Januar 1923.

Der internationale Verjährungsverein.

Walter Ayres, Mitglied der Independent Labour Party, England.

Oliver Dryer, Generalsekretär des Verjährungsvereins, Schottland.

Pierre Cersole, Lehrer an der Internationalen Schule in Frankreich.

Leonhard Ragaz, Herausgeber der „Neuen Wege“, Schweiz.

Otto Roth, Pfarrer, Deutschland.

Lillian Stevenson, Sekretärin des Verjährungsvereins, Irland.

Kirsten Svendine Thomesen, Vorsitzende des Christlichen Friedensbundes, Dänemark.

Nichts ist erstaunlicher als die plötzlich erwachende Liebe eines großen Teiles unserer Presse für eine sozialdemokratische Regierung in Deutschland. Sind nicht dieselben Blätter, die solange sich Sozialdemokraten in der Regierung befanden, etwa im Kabinett Wirth, immer wieder ihre Sehnsucht nach den Stinneschen Volksparteiern zum Ausdruck brachten? Sind es nicht eben, die die Unwesenheit der Sozialdemokraten ständig empfanden und die eine volksparteiliche Regierung keiner als einzige behandelten, die sich ernsthaft an die Erfüllung der Reparationsbedingungen machen könnte auf Grund ihrer Beziehungen zur deutschen Großindustrie? Ach, wenn man eines Tages gewisse Archivs öffnen würde, könnte man interessante Feststellungen machen über die Schwankungen, denen in dieser Frage selbst unsere verantwortlichen Minister unterworfen waren, über gewisse Verhandlungen, die stattgefunden haben zwischen Vertretern Frankreichs und Vertretern der Stinnespartei, über gewisse Entwicklungen, die von Entwicklern, die sich in Berlin befinden, nach London und Paris weitergegeben worden sind. Heute ruft man nach den Sozialdemokraten, die man monatelang verleumdet und deren Stellung man schwächte dadurch, daß man hinter den Kulissen die Stinnespartei wissen ließ, daß die Entente ihrer Beteiligung für notwendig halte. Deshalb möchte ich heimlich lachen über diese selben Leute, die jetzt erst zu entdecken scheinen, daß die mutigste Erfüllungspartei in Deutschland die Sozialdemokratie ist. Groß ist die Verantwortung derjenigen, die eine Politik betrieben haben, deren Resultat schließlich in der Bildung des Kabinetts Cuno bestand, und sie sind die leichten, die heute das Recht haben, die deutsche Sozialdemokratie aufzufordern, das Ruhr in die Hände zu nehmen, ohne daß zu gleicher Zeit Garantien für eine Verständigung geschaffen werden. . . . Ja, auch wir hoffen, daß die deutsche Sozialdemokratie stark genug sein wird, um der nationalistischen Sturmflut gegenüber standzuhalten, aber auch sie wird unmögliches nicht möglich machen können. Und solange man auf unserer Seite nicht erkennen wird, daß die bisher eingeschlagenen Wege immer in Sackgassen münden, so lange wird auch der Einfluß der deutschen Sozialdemokratie sicher nicht genügen, um die Periode der notwendigen Verwicklungen zu eröffnen.“

Die deutsche Arbeiterschaft wird sich bei dieser scharfen Zurückweisung der französischen Bauernjägerei besonders die Hinweise auf das Zusammenwirken volksparteilicher Elemente mit der Entwicklungsdiplomatie merken müssen, das zu dem Sturz des Kabinetts Wirth geführt hat.

## Zum 40. Todestag Karl Marx.

SPD. Am 14. März 1923 lädt sich zum vierzigsten Male der Todestag von Karl Marx. Für die Arbeiterorganisationen, insbesondere die Bildungsausschüsse wird dies ein selbstverständlicher Anlaß sein, das Andenken unseres großen Meisters durch eine Feier oder einen Gedenkabend zu ehren. Der Zentralbildungsausschuss der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt für diesen Zweck eine ausführliche Vorlagendisposition über „Karl Marx“ aus der Feder des Genossen Kautsky heraus, die gleichzeitig auch geeignete Literaturhinweise, sowie Vorschläge für die Ausgestaltung des Gedenkabends und eine Reihe geeigneter Gedichte enthält. Das Heft erscheint als Heft 3 der Schriftenreihe „Arbeiter-Bildung“ und ist für alle Organisationsleiter, Referenten und Parteifunktionäre von Bedeutung. Die Schrift ist gegen Einwendung von 150 Pf. pro Exemplar und 20 Mark Porto oder unter Nachnahme durch den Zentralbildungsausschuss der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands (F. Weimann), Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

## Aus dem schlesischen Byzanz.

Gewisse Kreise Oberösterreichs scheinen die letzten vier Jahre völlig verschlafen und verirrt zu haben. In die „herbstlichen“ wilhelminischen Zeiten fühlt man sich zurückversetzt, wenn man einen Bericht liest, den die „Oppelner Nachrichten“ über eine Tagung der „Bayerländischen Frauenvereine“ veröffentlichten, an der die frühere Kronprinzessin teilnahm. In alter Prachtentfaltung erhält da der Stil des byzantinischen Schmids: „Wie ein Lauffeuер ging es von Mund zu Mund“, nämlich, daß „die hohe Frau“ auf dem Hauptbahnhofe eintrifft. „Eine hohe elegante

Erscheinung im einfachen Reisetotum enttritt einem Abteil zweiter Klasse, in Begleitung ihrer Hofdame.“ Auf der Tagung selbst zeigte sich „die hohe Frau über Einzelheiten in staunenswerter Weise orientiert“. Und damit ja nichts fehlt, wird sogar „des einfache bürgerliche Mittagsmahl“, das nach dreiviertelstündigem Beratung eingenommen wurde, aufgezählt: Suppe, Kalbsbraten mit Gemüse und Eis. Dabei hatte „die Frau Kronprinzessin ferner freundliche Worte für ihre Umgebung.“ Die Güstlichen! Sie werden einzeln mit Namen genannt, die sich dann schonen dürfen. Darunter finden wir allerdings Namen, die dem rein Romischen des Vorganges und seiner Schilderung eine ernstere Bedeutung verleihen: Frauen hoher republikanischer Begeister, die sich unter allen Umständen von einer solchen monarchistischen Verschmelzungskktion fernhalten müßten, seien wir an der Spitze. Bezeichnend ist, daß der Empfangsraum selbst ausgerechnet im Landratsamt, im Kreisbildungssaal, stattfand und daß es die Frau Landrat war, die „den hohen Gast in den Saal geleitete“. Auch die Frauen des Regierungspräsidenten Braumeier und des Syndikus der Handelskammer fühlten den Drang, die monarchistische Huldigung durch ihre Anwesenheit zu verschönern, obwohl sie bisher mit dem Bayerländischen Frauenverein nichts zu tun hatten.

Das ganze entrollt ein bezeichnendes Bild aus dem eisigen monarchistischen Getriebe in einer der gefährlichsten Ecken der deutschen Republik.

## Der Zweck der kommunistischen „Einheitsfront“.

Über die „Hauptprobleme des 4. kommunistischen Weltkongresses“ bringt die Berliner „Rote Fahne“ in ihrer Beilage „Taktik und Organisation“ (Nr. 45 vom 23. Dezember 1922) einen Artikel, der auch einen Abschnitt über die „Einheitsfront“ enthält. Dort heißt es u. a.:

„Das wichtigste Ereignis mancher Genossen, daß wir „wirklich“ die Einheitsfront „wollen müssen“, ist ein Abgleiten der Linie auf eine sehr schiefe Ebene. Wir wollen „wirklich“ die Einheitsfront, das heißt, wir wollen wirklich kämpfen. Aber wir wissen, daß die Kämpfe nur „wirklich“ geführt werden können, wenn es uns gelingt, die Massen der Arbeiter hinter die Kommunistische Partei zu bekommen, und daß die Revolution nur siegen kann, wenn an der Spitze der Massen eine Kommunistische Partei steht und nicht eine Koalition der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei. In dieser Unklarheit über die „wirkliche Einheitsfront“ zeichnen sich die Gefahren der Taktik ab: Die Vermischung des Geistes der Kommunistischen Partei, das Zutreten des Endziels, die Passivität, die glaubt, Kämpfe seien nur möglich, wenn der „große Bruder“ mitmacht, während es gerade unmöglich richtig ist, und schließlich als direkte Konsequenz eine Auflösung: die Einheitspartei als Form der Einheitsfront.“

Damit ist die kommunistische Herrschaft von der Einheitsfront vollends entlöst. Sie wollen gar nicht gemeinsam mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften kämpfen, sondern sie wollen lediglich versuchen, beiden die Arbeitermassen abspenstig zu machen.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 15. Februar. Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	1 P.	9226.87	10922.62
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1281.91	1508.71
Kristiania	1 Kr.	4389.12	5211.98
Kopenhagen	1 Kr.	4389.	5236.87
Stockholm	1 Kr.	6159.56	7881.62
Helsingfors	1 finn. Mk.	612.46	728.17
Rom	1 Lire	1117.20	1388.65
London	1 £	109226.—	129675.—
New York	1 Doll.	28441.25	27630.75
Paris	1 Frs.	1416.47	1705.21
Zürich	1 Frs.	4380.—	5211.98
Madrid	1 Pesetas	3650.85	4289.12
Wien	100 Kr.	26.48	39.30
Prag	1 Kr.	708.28	823.93
Budapest	1 Kr.	—	10.59

Cornelius wie Karl der Große den Erdball in seiner Hand hielte, würde er ihn mir geben; ich habe nur zwei oder drei Bauernhöfe, weshalb soll ich sie ihm nicht geben?“

„So ist es“, sagte Cornelius. „Betrachten Sie jetzt Ihrerseits, Herr Desallemagnes?“

„Ich bin zu alt dafür, aber es bleibt dabei, daß Eure Art zu sehen, nicht die meine ist. Ich will meine Tochter nicht einem geben, der gar nichts hat.“

„Ach ja“, sagte Cornelius, „machen wir uns deutlich. Es scheint, daß Sie einen Schwiegersohn wollen, der reich ist. Nun wohl, in drei Monaten werde ich nicht nur der reichste Mann von Frankreich, sondern sogar von Europa sein. Ich werde, wenn ich will, Flotten ausrüsten, eine Armee beenden können und ich werde an Ihrem Brunnen einen silbernen Flößchenzug anbringen lassen. Sie sehen mich an, als ob Sie mich für einen Narren hielten. Erfahren Sie denn, Herr Desallemagnes, daß ich die Erfindung Monostiers vollständig habe. Er hatte nur eine Puppe gemacht, ich habe die Puppe genommen und ihr Leben eingeschaut. Sehen Sie hier den Plan meines Luftballons, prüfen Sie und antworten Sie.“

„Sie wissen nicht, Herr Cornelius, daß mein Vater weiter keinen Plan kennt, als den seines Gutes.“

„Um so besser,“ sagte Cornelius; „das wird mir das Vertragen verleihen, Ihnen meinen Ballon zu erläutern. Sehen Sie. Herr Desallemagnes, groß A ist mein Wasserstoffbehälter, klein a ist mein Steuerdrüde; groß B und klein b sind meine Räder. Ich könnte Ihnen bemerken, daß dieser Motor die Kraft von dreißig Pferden hat, aber das würde uns in Berechnungen stören, die bei einem Heiratsantrag über angebracht wären. Sie begreifen, daß man mit einer derartigen Kraft vernünftigerweise hohen Lora, die stärksten Luftfahrzeuge zu besiegen. Wie ich schon Luis geschrieben habe, hoffe ich, in den oberen Regionen eine vollkommen Windstille zu finden.“

„Begreift du etwas davon, Luis?“

„Kein Vater.“

„Du glaubst also nicht an meinen Ballon?“

„Ich glaube an ihn wie an Gott, ohne ihn zu begreifen.“

„Donnerwetter, die Sache wäre ja mehr wert als Belle-Plantes Blüte.“ Aber ich habe schon mit ihm abgeschlossen, er hat mir die Hälfte von seinem Zthalage abgetreten.“

„Aber woher, Vater, verzicht auf deinen Handel. Ist es nicht Zeit, daß du dich zur Ruhe setzt?“

„Die Ausführung hat schon begonnen. Das ist aber noch nicht alles. Der Herr Pfarrer hat mir geholt, mir meinen Platz im Kirchenvorstand zu nehmen, wenn ich deiner Heimat mit Herrn Cornelius bestimme.“

Fortsetzung folgt.

## Belle-Blante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

25. Fortsetzung.

„Ohne Zweifel,“ sagte Luis, „aber beeilen Sie sich, denn von Chevrotte will er nach dem Weinberg gehen, um nach den Wingen zu sehen.“

Nach Belle-Plantes Weggang versank Cornelius in tiefes Nachdenken.

„Was haben Sie denn, Herr Cornelius?“ fragte Luis.

„Ich suche mir zu erklären, in welchem Interesse Parthe, der sein Eulenspiegel ist, Belle-Blante diesen Vätern entzogen hat.“

„Und du errätst nicht?“

„Nicht im mindesten, Luis.“

„Nur wußt, ich habe Parthe verordnet, Belle-Blante diesen Freisch zu stellen.“

„Und wie fühlst du ihn dazu herumgekommen, Luis?“

„Meiner Treu, ich habe ihm den schönsten Truthahn aus meinem Stall gegeben, einen Truthahn, so feist und dumm wie Parthe selbst.“

„Und wenn dein Vater meint, daß er fehlt?“

„So wird Jeanne sagen, daß der Fuchs ihn geholt hat.“

„Das ist nicht schlecht erfonnen,“ sagte Cornelius.

„Auch also,“ erwiderte Luis, „morgen! Ich werde Mutter Simone erinnern, dich, bald du aufgestanden bist, wegen der Gleichen zu überwachen. Aber zur größeren Sicherheit sag ich dich entwaffnen. Geben Sie mir Ihren Rechenstab ab, Herr Cornelius.“

Cornelius gab folgsam seinen Stab ab und ging ins Feld hinaus, um zu träumen, denn Herr Desallemagnes hätte zurückkehren können.

15.

Am nächsten Tage trat Cornelius um acht Uhr aus dem Geflügel heraus aber dies mal war er vollständig abgebürstet und seine Schafe waren tadellos, denn Mutter Simone hatte ihn inspiziert wie einen Soldaten. Luis hatte es so befördert, daß sie nicht wollte, daß er ausgeinge, bevor sein Neuherr in Ordnung gebracht war.

Der Vater Desallemagnes schöpfte gerade wie ein Patriarch Wasser aus seinem Ziehbrunnen, um seine Pferde zu tränken. Dieser Brunnen war ein Raddbrunnen und das ungünstigste Rad seit einem Dreieck wider seinen Willen unheimlich Freunde wangenheim auf. Er sprach mit dem Hut in der Hand Herrn



## Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 15. Februar.

### Wer ist schuld an Not und Elend?

Der Bezirksverband der USPD Berlin hat eine vom Geistlichen Paul Kampfmeier verfasste Flugschrift herausgegeben, aus der die folgende treffende Ausführungen wiederholt werden:

Unter der Wucht der schweren Brügel, die jetzt auf den Magen der Arbeiter- und Mittelschichten niedersausen, suchen heutige Millionen deutscher Volksmenschen nach den verantwortlichen, an ihre Nation schuldigen Elementen. Eine gewissenlose Demagogie ist da auch sofort zur Stelle, um mit überschreitender Stimme auf das „jüdische Kapital“ zu weisen. Das Kapital ist weder jüdisch noch christlich getauft, es ist weder mit semitischen noch mit arischen Körnern markiert, es ist eine eigenartige unerschöpfliche Einrichtung der modernen Volkswirtschaft, die von automatisch auf der einen Seite ausbeutende, profitierende Besitzer von Produktions- und Kredittiteln und auf der anderen ausbeuter, aller Arbeitsmittel entplötzte Lohnarbeiter produziert.

Das monopolistische Kapitaloientum „wuchere“ es in einem christlichen Kontext oder in einer jüdischen Herkunft, muss in nationales, gesellschaftliches Eigentum umgesetzt werden, wenn es keine auslösende Kraft verlieren soll. Es gibt nur eine Befreiung von dem Bucher in jeder Form, das ist der Sozialismus mit seiner Verwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, der Sozialismus mit seiner gesellschaftlich geregelten Produktion zum besten aller schaffenden Mitglieder der Gesellschaft. Lasset Euch Arbeiter, nicht von den Räuberhänden antisemitischer Rattenfänger einnehmen, die Euch die Befreiung von dem kapitalistisch-jüdischen Bucher versprechen, aber dem ausbeutenden Kapital überbaunt nicht zuliebe gehen wollen, die an die Stelle der Tochter und Terti die Stimme und Männlichkeit legen wollen.

Ein teuflischer Gedanke lebt vielfach in den Köpfen der deutsch-polnisch-monarchistischen Verbündeten: Diese wollen durch Ankläge auf bekannte Republikaner die Vollmachten zu unüberlegten Ausschreitungen aufreizen. Im Punkt zahltreicher Massenlager, warten die Deutschnationalen mit Unruhe auf den Moment, da sich Polizei und Reichswehr der wilden Exzesse von Habsüppen und Verbrennern nicht gewachsen fühlen sollten, um sich zu Herrn der politischen Situation in Deutschland zu machen. Deutschland würde dann Pogrome russischen Stils und Massenabschaltungen republikanischer Führer erleben, wie sie selbst unter dem meiste Habsüppischen Mordregiment in Ungarn nicht möglich waren. Die blutigen Gewelde jüdischer Zeitfreiwilliger im Kapp-Putsch stehen warnend vor jedemans Auge!

Ein Verbrechen an der deutsch-demokratischen Republik geht da jeder, der in den furchtbarsten Nächten unserer Tage seine Hand zu antisemitischen Ausschreitungen, zu töten Gewalttaten, zu vandalschen Plünderungen von Läden geben würde. Das verarmte arbeitende Volk Deutschlands hat ja schließlich die Kosten der Überfälle auf die Kaufmännischen Läden und Warenhäuser zu zahlen.

Arbeiter, bedient Euch der Machtmittel! Eurer festen, millionenförmigen Organisationen zur Abwehr von sozialen Zuständen, die Euch und Euren Familien die Sicherheit der Existenz gewährleisten. In den Nächten und Nöten dieser Tage darf Euch alle nur ein Gedanke befehlen: Wie richtet Ihr den machtvollen und schöpferischen Willen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu einem „Racher des Kreuzes“, zu einem echten Heiligen auf. Jeder, der sich den politischen und gesellschaftlichen Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft anschließt und in ihnen zielbewusst und unermüdlich wirkt, stärkt den schöpferischen Willen der Arbeiterschaft!

### Bereitschaft der Lübecker Apotheker.

Der Verein Lübecker Apotheker veröffentlicht heute ein Infotext, wonach den Mitgliedern der Ortskrankenkasse, Betriebs- und Innungsstandeskassen sowie ab Erzeugnissmittel zu noch gegen Barzahlung verabfolgt werden. In einer belobenden Zuschrift an die Presse behaupten die Apotheker, dass sie seit Jahren um ihre Erfüllung kämpfen. (Die Krantentassenglieder etwa nicht?) Sie behaupten ferner, dass alle Fortwendungen nach einer der Geldentwertung entsprechenden Bezahlung ihrer Arbeit an dem Widerstand der Krantentassen geprägt seien. Die Tarifverträge zwingen uns häufig zu Gehalts erhöhungen, für welche Deckung durch die Arzneiteile nicht vorhanden ist. Die für die Krantentassen rezipiert festgelegten Zahlungsbedingungen stehen im Grassa Widerbruch zu den heutigen Lieferungsgegenheiten des Groß- und Kleinhandels. Welcher Kaufmann kann heute noch bestehen, wenn er seine Ware nach 1 bis 2 Monaten bezahlt erhält und dann noch 10 Prozent Rabatt geben muss? Bei dieser schwierigen Geschäftslage der Apotheken ist ein großer Teil der heutigen Krantentassen, genannt werden die Ortskrantekasse, die Betriebs- und Innungsstandeskassen, dazu übergegangen, Verbandskosten zur Seldschahade von einer auswärtigen Fabrik einzutauschen und dadurch unseren geringen Verdienst noch weiter zu schwächen. Die Hoffnung, Verhältnis für unsere Rettung in Berlin zu finden, haben wir aufgegeben. Wir sehen den Tag kommen, an welchem wir nicht mehr in der Lage sind, die zur Aufrechterhaltung unserer Betriebe erforderlichen Waren einzukaufen. Wir können unsern durch die Maßnahmen der Krantentassen beschleunigten wirtschaftlichen Zusammenbruch nur dadurch aufhalten, dass wir für die gelieferter Arzneien sofortige Zahlung erhalten.

Hierzu wird uns von sachverständiger Seite geschrieben:

Das Kriegsamt der Apothekenbesitzer kann bei uns nur ein Kostschütteln erzeugen. Warum machen die Apothekenbesitzer den Mitgliedern der Krantentassen diese Schererei? Nach dem Eingang ihres Schreibers deshalb, weil sie in Berlin bei den Behandlungen über die Arzneiware nicht zu ihrem vermeintlichen Recht kommen, und darum Kreditliniendung in Lübeck? Glauben die Herren wirklich damit Eindruck in Berlin zu machen, wenn sie den Lübecker Krantentassen den Kredit kündigen? Aber das ist ja alles nur Vorwand. Wir wollen den Krantentassengliedern klar machen, was los ist. — Die ArzneiverSORGUNG der eiskalten Kostenmitglieder erforderte kolossale Summen; Summen, die aus den im Verhältnis zum Friedensfeste beliebten Beiträgen kaum noch zu befreiten waren. Die Beiträge wurden erhöht, bei der Allgemeinen Ortskrantekasse fast alle vier Wochen. Sie betrugen dort jetzt in der höchsten Stufe 1080 Pf. wöchentlich. Die Krantentassenglieder mussten auf Verminderung der Ausgaben hinsetzen. Sie taten überein, um in etwas die hohen Apothekenrechnungen zu inhibieren, sich die Verbandsnotizen in großem Selbstkosten zu einkaufsen, da gerade Artikel einer fortwährenden Preissteigerung unterworfen. Die Apothekenbesitzer demonstrierten dagegen. Die Krantentassen boten den Apothekern als Tauschobjekt an, sie könnten gegen einen gewissen Prozentsatz des Selbstkostenanteiles die Ab-

gabe der Verbandsstoffe übernehmen. Dazu waren die Apotheker bereit. Sie verlangten zwanzig Prozent Abgabebühr und Beteiligung am Gewinn. Das ließen den Krankenkassen so hoch, sie lehnten die Forderung der Apothekenbesitzer ab. Wenn man bedenkt, dass bei monchem Fall, z. B. bei Fehlzugabe, bei schweren Unfallverleidungen, das Verbandsmaterial bis zu 10.000 Mark Kosten verursacht, so kann man die Forderung der Apothekenbesitzer nur als übermäßig ansiehen, denn sie sollten doch nur die Artikelfrage abgeben. Der Einbau, das Rüstlo, die Gelder wurde alles von den Krankenkassen bestritten. Weil die Krantentassen diese Forderung der Apothekenbesitzer ablehnten, erfolgte innerhalb 24 Stunden die Rückbildung des Kredits mit sofortiger Wirkung. Die Krankenkassen konnten zu dieser Situation, die plötzlich eintrat, gemeinsam noch nicht Stellung nehmen, sie werden aber gut tun, so schnell wie möglich von Mitgliedern Verhandlungsmaßnahmen zu erstellen, die darin feststellen müssen, dass dieser für die Mitglieder kaum erträgliche Zustand sobald wie möglich überwunden und beseitigt wird.

### Die neuen Postgebühren.

Am 1. März werden die neuen Postgebühren in Kraft treten, die im allgemeinen eine Verdopplung erfahren haben. Nur Pakete und Fernpostkarten sind diesmal ausgenommen worden. Für Briefe wird eine Gewichtsstufe von 250 bis 500 Gramm als Neuheit eingeführt. Die Strafbühr für unzureichend frankierte Briefsendungen wird auf das 1½fache des Fehlbeitrages herabgesetzt. Nach Erledigung der notwendigen Voraussetzungen wird der Tarif für Pakete wieder nach Entfernungskategorien gestaffelt werden. Auf Postkartenverkauf können in Zukunft bis 100.000 Pf. geschäft werden. Die Gehölze für Paktkarten über hohe Beträge wird wesentlich herabgesetzt. Die Gesprächsgebühren für den Fernsprecher werden verdoppelt, während die Grundgebühren unverändert bleiben.

### Die Besteuerung des Herdes.

Zurinenortig macht sich die Besteuerung aus. Jeden Tag folgt ein anderer notwendiger Artikel, mitunter steigen sie absamt auf einmal. Bis die Berufstätigen sich mit den Unternehmern lange genug um eine Bohnabteilung herumgeschritten haben, ist die Zusage längst überholt. Von den sonstigen armen, erwerbslosen Einwohnerzurichten gar nicht zu sprechen. Man sieht sich nur die neue, im Ankeraten teil veröffentlichte Preisskala an. Von Freitag ab kostet ein Rentner Hartkoks 1550—16600 Mark, Bruttos 8500 Mark. Lübeck ist mit seinen gezeichneten Brennstoffpreisen immer schnell bei der Hand und steht auch so ziemlich an der Spitze. In Berlin z. B. wurde am 12. d. M. der Kokspreis erhöht. Er beträgt dort für Küchen- und Öfenbrand: Bruttos je Berliner ab Lager 6840 Pf., frei Keller 10960 Pf., Gasförs 10960 Pf., 11280 Pf. Bei fuhrmeister Lieferung: Bruttos 6840 Pf., 6500 Pf., Gasförs 10960 Pf., 11220 Pf., Westfälischer Schmelzförs: 18350 Pf., 18610 Pf., Lichtenberger Schmelzförs und Berliner Kammereiförs 18350 Pf., 18610 Pf. Oberhessischer Schmelzförs 12450 Pf., 12740 Pf., Niederschlesischer Schmelzförs 12680 Pf., 12950 Pf.

Die Leute mit der großen Brieftasche, die sich führerweise ihr Brennstoffmaterial kommen lassen können, sind überall im Vorteil. Uebrigens bemessen die neuen Kokspreise wieder, dass die Benutzung von Gas immer noch das billigste ist.

**Finnland-Vorträge der Deutsch-Finnlandischen Vereinigung.** Die Deutsch-Finnlandische Vereinigung Lübeck-Hamburg-Bremen, welche die Pflege der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Finnland beabsichtigt, taat am Freitag, dem 16. Februar in Lübeck, in den Räumen der Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit, Mittags 12½ Uhr, beginnen Vorträge, die allgemeines Interesse in Anspruch nehmen können und daher auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden sollen. Es werden sprechen: Univ.-Prof. Dr. Braun, Direktor des Instituts für Finnlandfunde in Greifswald, über: "Die Wirtschaft Finnisch-Lapplands" und Prof. Dr. Pauli, Direktor der Kunsthalle, Hamburg, über: "Finnische Eindrücke aus Finnland". Beide Vorträge sind von Lichtbildern begleitet. Die Vorträge sind nicht nur für die Mitglieder der Vereinigung und der besonders aufgeforderten Körperschaften nebst ihren Damen bestimmt; Eintritt von Gästen, die an der Vereinigung und ihren Aufgaben Interesse haben, ist gern gesehen.

**Aänderung des Deutschen Gerichtsgerichtsgesetzes.** Am 15. Februar ab ist eine wesentliche Änderung des Deutschen Gerichtsgerichtsgesetzes in Kraft getreten. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und im Konkursverfahren wird im Gegensatz gegen früher nunmehr eine Prozeßgebühr bereits mit Stellung des Antrages fällig, durch den das Verfahren bedingt ist. Ein Termin zur mündlichen Verhandlung soll erst nach Eingehaltung der Prozeßgebühr bestimmt werden. Auch dem Urteil auf Erlass eines Zahlungsbefehls soll erst nach Zahlung der erforderlichen Gebühr entsprochen werden. Dem rechtsuchenden Publikum wird empfohlen, im Interesse einer schnellen Erledigung seiner Anträge vorstehende Bestimmung zu beachten, sofern es urtheilbare Verzögerung der Gerichte verhindern will.

**Stoppsaß auf der Gläderwerst.** Am Mittwoch vormittag lief der dritte einer Reihe von 5400-Tonnen-Dampfern für die Deutsche Export-Linie, Hamburg, glücklich vom Stapel. Das Schiff, auf den Namen „Aphrodite“ getauft, hat wie die Vorgänger folgende Dimensionen: Länge zw. d. Lotsen 102,72 Meter, Breite auf Span 14,68 Meter, Seitenhöhe 9,60 Meter, Maschinenleistung 1500 PS.

**Herabgesetzter Goldpreis.** Reichsbank und Post bezahlen von heute ab für ein Zwanzigmärkstuß 100.000 Mark, für Silbermünzen 2000 Prozent des Nominalwerts.

**Zentral-Theater.** Der wegen seiner drossigen und urkomischen Einfälle berühmte, aber anlässlich verschiedener gealterter Dürerchen berüchtigte Fatty Schubert ist wieder auf einem exklusiven Bildschirm im Zentral-Theater zum großen Gaudeum seiner vielen Lübecker Freunde, in neuer Ausstattung zu bewundern. Diesmal spielt der Film in den romantischen blauen Bergen Virginias und lässt Fatty als Steuerkontrollleur des trockenlegten Amerikas geheime Whiskybrennereien aufzutragen. Das wichtigste dieser an sich bedeutungslosen Handlung ist natürlich das Drum und Dran und die unmenschliche Gekke des dicken Fatty und seiner leider bisher namenlos gebliebenen Mitstreiter, die als Proleten seltenen Formats gewerkt werden müssen. Der Film bietet in dieser schweren Zeit die beste Gelegenheit, das brüderliche Herz etwas zu erleichtern. Ein Mädchenkind in 4 Alten ist Bahnmärters Leine. Ein Roman bei kleinen Leuten. Hier tritt der Ernst des Lebens in Erinnerung. Die spartanische Handlung ist gut aufgebaut und die Mitwirkenden spielen in diesem einfachen Volksstück ohne große Gekke, aber mit natürlicher Hingabe. — Für unsere junge Generation ist dann noch ein drittes Programmstück, reich an Abenteuern und vielen unzähligen Verwirrungen. So reicht ein Film, wie er im

Leben — nicht denkbar ist. Aber im Film kann man bekanntlich alles machen. Dennoch ist auch von diesem Bildstreifen „Hannen der Welt“ rücksichtslos zu sagen: die herzlichen Naturaufnahmen italienischer und spanischer Küstenplätze. Der Photograph ist unbestreitbar ein Meister. — g.

**w. Hanseatheater.** Unter dem Zeichen der Ruhthilfe stand die Veranstaltung am Dienstag abend. Kapellmeister Schmidt brachte die Egmont-Dinnerstimmungssoll zu Gehör. Director Erasmus sprach den Prolog, der sich frei von nationalistischen Themen hielt, mit Schwung. Wie bei solchen Gelegenheiten üblich, wurde „Deutschland, über alles“ von der Kavalle gespielt. Die Anwesenden erhoben sich und sangen mit. Hierauf wurde „Boccaccio“ gegeben. Nach dem ersten Akt wurde von Damen des Theaters in ihrer Kleidung Tracht zugunsten der Ruhthilfe gesammelt. Die Sammlung ergab den schönen Betrag von 54115 Mark.

**Wichtig für verdrängte Oberschlesiener!** Für die Vorprüfung der Schadensversicherung sprüche hat die amtlich anerkannte Interessenvertretung der Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesiener auch in Homburg eine Vorprüfungsstelle für Verdrängungsschäden eingerichtet. Zu ihrem Geschäftsbereich gehören u. a. Lübeck und der oldenburgische Teil Lübeck, von Mecklenburg-Strelitz das Land Ratzeburg. Da in diesen Bezirken wohnende verdrängte Oberschlesiener, die eine Schadensmeldung noch nicht eingereicht haben, können sich mündlich oder schriftlich alsbald bei der Vorprüfungsstelle für Verdrängungsschäden der Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesiener, Homburg 111, Domänenstraße 57, melden. Ihnen werden hierauf direkt oder durch Vermittlung der zuständigen Ortsgruppen die amtlich vorgeschriebenen Formulare zur Ausfüllung überhandt werden. Für Bewertung der Gefäßigten sind außerdem in den verschiedenen Orten besondere Berater bestellt. Wo Berater noch nicht bestellt sind, wird Rat bei den Ortsgruppen der Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesiener auch an Nichtmitglieder der Ortsgruppen erteilt. In Lübeck ist als Berater Herr Hauptpolizeivorsteher Frantz Böttel, Malenbaumer 22, tätig. Eine Verlängerung der Unterkunft für oberschlesische Schadensfälle ist zwar auch über den 31. März 1923 hinaus in Aussicht genommen, doch werden diejenigen, welche Schadensansprüche noch geltend machen wollen, gut tun, diese alsbald anzumelden.

**pb. Diebstähle.** Aus einer Wohnung in der Hansestraße wurde ein schwereidender Kleiderrost, ein silberner Schlüssel und eine Geldtasche mit 200 Mark gestohlen. — Mittels Einbruchs sind von dem Boden eines Hauses in der Mühlstraße merkwürdige Roben, Kleider und Stoffe sowie ein Japanerloffer gestohlen worden.

**pb. Gefägte Diebe.** Wie bereits berichtet, ist vor einigen Tagen aus einem industriellen Unternehmen ein Treibriemen gestohlen, wodurch das Unternehmen nicht allein um mehrere Hunderttausend Mark geschädigt wurde, sondern auch der Betrieb, weil es sich um das Stück Treibriemen eines Triebmotors handelt, vorübergehend stillgesetzt und einige Arbeiter zeitweilig entlassen werden mussten. Als Täter wurden nunmehr ein im Kieslo und ein in der Travemannstraße wohnhafter Arbeiter ermittelt, die auf dem Werk selber tätig sind. Festgenommen wurde ein in der Kottbusser Straße wohnhafter Arbeiter, der vor einigen Tagen aus einem Kolonialwarengeschäft mittels Einbruchs Schokolade, Marzipan und Kleidungsstücke gestohlen hatte.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Sozialdem. Frauen, 10. Distrikt.** Sonnabend, den 17. 2. abends 7½ Uhr. Versammlung in der 6. St. Lorenzstraße (Wilhelmshöhe) Redner: Genossin Schwafelb. (13014)

**2. K. 1921. Innere Stadt.** Zusammenkunft am Freitag, dem 16. 2., abends 7½ Uhr, bei Lender, Hundest. 41. Ohne Mitgliedsbuch und Ausweis kein Zutritt.

**Stadttheater, Freitag.** Der Bettelstudent. Sonnabend: Einmalige Gastvorstellung: Tannhäuser. Als Gäste sind bisher für die Vorstellung gewonnen: Edith Sajiz, Opernhaus Dresden (früher Lübeck), Josef Groene, Stadttheater Hamburg, als Wolken. Mit einem Tannhäuser-Gast wird noch verhandelt. Die Schwierigkeit einer solchen Gastvorstellung wächst von Tag zu Tag. Fast sämtliche namhaftesten Künstler sind im Ausland. Es wird aber hundertlich die Zusage Bogelskoms von Dresden erwartet. Auf das ehemalige Gottespiel von Frau Kent-Rotha von Hamburger Stadttheater als Martha am Sonntag, weil wir ebenfalls heute schon ein.

**Hanso-Theater.** Heute, Donnerstag, 7½ Uhr: „Boccaccio“. Freitag zum letzten Male: „Madame Pompadour“.

### Angrenzende Gebiete.

**bw. Selmsdorf. Elternratswahl.** Die hier am vergangenen Sonntag stattgefunden Elternratswahl endigte mit dem Sieg für die Arbeiterschaft. Von 210 Wahlberechtigten wählten 168. Während für unsere Liste 98 Stimmen abgegeben wurden, drohte die Kirchgemeinderatsliste es auf 68. Es kommt somit von unserer Liste die Genossen Oldörp und Kleinoldörp als Elternvertreter, Arndt und Giesecke als Erstgeleute gewählt. Wenn man im allgemeinen mit dem Resultat zufrieden sein kann, hätte es doch weit besser ausfallen müssen, wenn die Arbeiterschaft sich voll ihrer Pflicht bewusst gemacht wäre. Sämtliche Arbeitnehmer sind Arbeiter. Neben die Hälfte der bürgerlichen Stimmen sind Arbeiter. Bedauerlich ist, dass organisierte Arbeiter, die täglich in Lübecker Betrieben arbeiten, hier gemeinsame Sachen mit dem Postor machen und ihre Klassengenossen vertreten. Arbeiter geben ihren Namen dazu her, doch die im Verein mit dem Postor aufgestellte bürgerliche Liste vollzählig wurde. Ob sie sich die Unwürdigkeit auf der Arbeitsstelle auch merken lassen? Ich glaube kaum. Jedoch die Herren sind trotzdem nicht auf ihre Rechnung gekommen, weil die Mehrzahl der Wähler tren zur Fazit steht. Sie wissen genau, was sie von diesen Leuten zu halten haben.

**Homburg. Schließung der Gaststätten?** Der Zentralverband der Gast- und Schankwirte von Groß-Hamburg hat geschlossen, ab 1. März sämtliche Gastwirtschaften (Restaurants, Kaffees usw.) als Protest gegen die Bestimmungen über den Alkoholeinschluss und die Polizeiordnungen zu schließen. Die mit dem Senat gepflogenen Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Das gesamte Personal soll auf den 1. März gefündigt werden.

**Gütersloh.** Die Milchinteressenten in Mecklenburg protestieren hier gegen die Regierungsverordnung über eine be-

### Husten mit Auswurf

müssen Sie schnellstens befreien. Wir raten Ihnen, aus 50 Gramm eistem Vagoton-Extrakt durch Aufkochen mit ½ Pf. Zucker und ¼ Pf. Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Hustenmedizin selbst herzustellen. Götter-Vagoton-Extrakt ist sicherlich: Adler-Apotheke, Mengst, 16. (12984)

sondere Abgabe vom Milchpreis zugunsten Minderbemittelten. Die Stoffereien stimmen das alte Regelbild über mangelndes Futter an, betonen die Opferfreudigkeit der Landwirte, sind aber überzeugt, daß Zwangsmafnahmen den Kühen nicht zuträglich seien. Diese geben nur die nötige Milch, wenn den Agrariern Wirtschaftlichkeit gesichert wird. Der Ruin der ganzen Mecklenburger Milchwirtschaft sei unvermeidlich, wenn die Warena von einem paar Mark pro Liter zugunsten der verschüngenden Städter beibehalten werde. — Die Mecklenburger Bauern sind steifstündig genau so wie ihre Kollegen im Reiche — unverschämt sind sie aber auch, und das nicht erst seit gestern.

Bremen. Ausgelöste Vutschpartei. Der Bremer Senat hat die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ im bremischen Staatsgebiet mit sofortiger Wirkung auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik verboten. — Die Arbeitslosigkeit vermehrt sich zusehends. Die Deputation für das Arbeitsamt fordert deshalb vor, daß im bremischen Staatsgebiet sogenannte „ideale Nothstandsarbeiter“ (die möglichst von allen Erwerbsleuten geleistet werden können) für ungefähr 41.000 Tage zu zusammengestellt werden. Diese Arbeiten erfordern 250 Millionen Mark. Zwischen Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und einem Vertreter des Senats wurde ein Abkommen getroffen, demzufolge streng darauf geachtet werden soll, daß auf den Arbeitsstellen im Hafen die 48stündige Arbeitswoche nicht durch Überstunden überschritten wird.

## Verbandstag der Hausangestellten.

Am Sonntag fand in Berlin der Dritte Verbandstag des Zentralverbandes der Hausangestellten statt. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten referierte Gen. Luis Köhler über das Haushaltungs-Gesetz. Der Verbandstag wandte sich vor allem gegen den für die Haushaltungen geforderten Pflichtbildungswege, weil es sich hierbei um eine Ausnahmebestimmung gegen die Haushaltungen handelt. Der Verbandstag lehnte ferner die Arbeitsbereitschaft ab und forderte eine festgegrenzte zehnstündige Arbeitszeit. Bei der Belebung dieser Forderung ist der Eigenart der Tätigkeit der Haushaltungen Rechnung getragen und ebenso ist dabei die Tatsache berücksichtigt, daß die Haushaltungen keinen Weg von und zur Arbeitsstätte zurückzulegen haben. Angenommen wurde zu dieser Frage folgende Erörterung:

Der 3. Verbandstag des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands erkläre den Reichstag dringend, die Belebung über das Haushaltungsgegesetz zu befürworten. Seit 1918 lebt viele Berufsgruppen unter so ungünstigen gesellschaftlichen Bedingungen, daß es höchste Zeit ist hier Regelung zu schaffen. Obgleich von Tarifverträgen werden von den Haushaltungen einer immer abgesehen wird der Begründung, daß ja das Haushaltungsgegesetz zur Betreuung steht und die gelegte Regelung erst abgewartet werden soll. Der Verbandstag muß gegen die Verkürzung des Entlohnung im Reichsmirtschaftsrat harscher Widerstand erheben, denn in dieser Form ist das Gesetz vielmehr Schutz der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer. Es wird vom Reichstag erwartet, daß die SS 10, 11, 12, 13, 18, 19, 29 und 44 geändert, die SS 30 und 31 geändert werden. Nur wenn solche Erweiterung gebracht wird, erfüllt das Haushaltungsgegesetz seinen Zweck.

Die Delegierten des 3. Verbandstages überreichten dem Reichstag und dem Reichstag die Erörterung mit der Hoffnung, daß die berechtigten und in Wahr und Särfit des offenen und überführbaren Gedankens der Hausangestellten die von ihnen erwartete Berücksichtigung finden.

Über die Belebungfrage referierte Gen. Gerhard Hanau. In dem Referat und in der Diskussion wurde berichtet, daß ein Schätzungsweise Bindung von bedeutend leicht neue Ausbeutungsbedingungen wären. Die Hausfrauen würden sich kaum die Mühe nehmen, bei jungen Männern etwas zu lernen. Man sollte voraussetzen, daß wir die Jugendlichen im allgemeinen verarbeiten. In dieser Sicht wurde eine Erfüllung angekündigt.

Bei der Belebung der Frage der Tarifverträge, zu der Gen. Hans Eltz referierte, wurde im großen und ganzen überwiegend bestätigt worden, daß, solange kein Tarifvertrag besteht, Bildungen auch ihr Gutes haben. Diese Kritikmünzen müssen natürlich in eigner Ausbildungsschule wie der Zentrale hergestellt werden. Durch mögliche Einheitlichkeit besteht Tarifvertrag für alle eben genügt, wenn auf beiden Seiten Kontrahenten vorhanden sind, was zweifelsohne noch nicht der Fall ist.

Über die Frage der Hausschäferin stand Jacob Gen. Gustav Seiwert. Sie erläuterte, daß der Antrag an die Zentrale ein Einheitsabkommen der Hausschäfer zu lösen, unterschüttet werden könnte, daß die verschiedenen Leistungen der Hausschäfer nicht so einheitlich entlohnbar werden.

Reichsverwaltung verhindert Erteilung an die Verbände, welche die Tagung gegen 8 Uhr abends geführten.

## Aus aller Welt.

Entlassung der Polizei in Preußen. Die bisherige Karriere fortsetzung des Kommissars ist im 11-Jahres-Polizeigesetz der Staat auf letzter der Dienstgrade wie der Arbeitsschule zu einschließlich Einschulungen gewährt. Die Minister sind, da man schwärzen darf, diese Schule, die ganz und gar auf das Schuleggelte und die angehörigen waren, jeder aus dem Amt. Der Erfolg des praktischen Richters des Zweiten hat eine Rücksicht eröffnet. Es darf nunmehr die Schule für die Richter ab 1923 wieder freigesetzt werden, jedoch nur sofern Richter in deren Dienst ein Beamtes verfügt. Der gesetzliche Zeitraum kann höchstens an drei Tagen der Woche gegeben werden.

Gefährliches Unfälle in Südtirol. Auf dem Trampolinplatz auf dem Platz bei Bozen wurden 3 Schwestern von einem Kind erschlagen. Die beiden Söhne einer Mutter und ein Sohn eines Bruders und eines Neffenbruders mit Mutter und Bruder und Schwester und Schwester und der zweitälteste Sohn, der den Sicherheitsdienst besucht haben, so einer Söhne einer mittleren Dame aufgezählt und ihn mit einem schweren Schlag ins Gesicht, die Mutter mit dem Kind im Gesicht. Es war nicht klar, was es begüte, daß das Kind auf dem Trampolinplatz lag, und es war die Mutter, die dies alles schreibt geworden ist. Eine

# Teuerung und Löhne im Jahre 1922.

Februar 15. Februar. (Nachdruck verboten.)

Lawinengleich wächst die Teuerung und begräbt unter sich Tausende und aber Tausende von Existenz. Schuh sind an ihr nach der Behauptung der Unternehmer fast aller Größe und ihrer Zeitungen — vom Spieker gedankenlos nachgebetet — der „Schematische Arbeitsstundentag“ und die „hohen Löhne“. Wer das nicht glaubt, dem werden es oetne diejenigen bestätigen, die noch nie von eigener ehrlicher Arbeit lebten oder es wenigstens jetzt nicht tun, sondern sich als Bucherer und Spekulanten an der Not der Arbeitenden bereichern. Was es mit dem „schematischen Arbeitsstundentag“ auf sich hat, ist vor kurzem in der Parteipresse in einem Auszuge aus dem im Berlase des ADGB erschienenen Buche der Gewerkschaft und Gewalt dargestellt worden, eine Wiederholung erübrig sich hier. Im Rahmen dieses Aufstages soll lediglich einmal das Verhältnis von Lohn und Teuerung zueinander untersucht werden.

Einen Gradmesser für den jeweiligen Stand der Teuerung haben wir in den vom Statistischen Reichsamt laufend veröffentlichten soz. Lebenshaltungs-Indexziffern. Da über sie in weiten Kreisen Unkenntlichkeit herrscht, sei kurz auf ihre Entstehung und Bedeutung eingegangen. Die Reichsindexziffer ergibt die an zwei Tagen eines Monats aus 597 deutschen Orten festgestellten mittleren Tagespreise der wichtigsten Lebensbedürfnisse einer fünfköpfigen Familie (Eltern und drei Kinder). Die Beurteilung liegt auf dem Wort „wichtigsten“; denn die Indexziffer enthält außer der monetären Miete für zwei Zimmer und Küche und dem Preise für 15 Kubikmeter Leuchtgas und 3 Zentner Kohls nur die Ausgaben für folgende Lebensmittel: Roggenbrot, Weißbrot, Nährmittel! (Hülsenfrüchte, Reis usw.), Kartoffeln, Gemüse, Fleisch, Fisch, Eier, Heringe, Brotkost, Butter, Eier, Milch. Bei dieser Aufzählung ist zu beachten, daß in der erwähnten fünfköpfigen Familie drei Kinder im Alter von 1½, 7 und 12 Jahren gedacht sind. Als Mengenbeispiel diene die Angabe für

die Kartoffeln: 70 Kilogramm für die erwähnte Familie in vier Wochen.) Und berücksichtigt wird in der Indexziffer alle gebührenden Ausgaben für Schuhzeug, Kleidung, Wäsche, Haushaltungsgegenstände und alles das, was man unter die notwendigsten Kulturbedürfnisse rechnet. Nicht zu vergessen sind die Abzüge für die Lohnsteuer, die Verbrauchssteuer etc. usw. Die vorstehenden Angaben sind also zu beachten, wenn man die Reichsindexziffer für Dezember 1922 mit 61.156, einschl. Bekleidung mit 68.506 abgegeben findet, d. h. die Lebenshaltung war, auf vorstehender Grundlage errechnet, im Dezember gegenüber der Vorriegszeit um das 611- bzw. 685fache gestiegen (1913/14 = 1). Die ist ermittelte Indexziffer ermöglicht also in bestimmten Grenzen einen Vergleich der Kosten der Lebenshaltung mit dem Einkommen dessen Bielsches gegenüber der Vorriegszeit Arbeiter, Angestellte und Beamte ja leicht feststellen können.

Nun hören und lesen wir fast täglich, daß die Teuerung den Arbeiter gar nicht so belämmere, denn er zieht ja den „hohen Lohn“ und ist angeblich in der Lage, Preissteigerungen durch Lohnhöhöhen auszugleichen. Untersuchen wir zunächst einmal die „hohen“ Löhne und die legte Jahreswende auf ihren inneren Wert. Der Indexziffer er, die um diese Zeit einzöhl. Bekleidung 685 betrug, stellen wir gegenüber die tariflichen Löhne der gleichen Zeit in vier Berufen, die für unser wirtschaftliches und öffentliches Leben von Bedeutung sind, und in denen deshalb nach weitverbreiteter Meinung besonders hohe Löhne gezahlt werden. (Die in dieser Abhandlung genannten Löhne sind stets die der höchsten Tarifklasse des Berufs. Soweit unterschiedliche Löhne für Ledige und Verheiratete gezahlt werden, sind die der Letzteren angegeben; bei den Metallarbeitern einschl. Zulagen für die Ehefrau und 2 Kinder bis zu 14 Jahren.) Es ergibt sich bei dieser Gegenüberstellung folgendes Bild, wobei die am Ende einer Linie stehenden Zahlen das Vielfache der Ausgaben oder Löhne gegenüber der Vorriegszeit bedeuten:

Ernährung	807
Leizung und Beleuchtung	1058
Wohnung	1161
Bekleidung	1161
Lebenshaltungs-Index mit Bell	655
Lohn eines Metallarbeiters	425
Lohn eines Bauhandwerkern	415
Lohn eines Holzarbeiters	478
Lohn eines Buchdruckers	871

Diese einfache Darstellung beweist besser als lange Wörter, wohin der Arbeiter in den letzten Jahren, und namentlich im Jahre 1922, geraten ist — trotz allen Versedes von den „hohen Löhnen“.

Zudem mit vorliegend das Verhältnis oder besser Wohlverhältnis des Lohnes zur Teuerung, wie es Ende 1922 bestand, festgehalten haben, betrachten wir uns einmal die Entwicklung der beiden Ziffern im Laufe des Jahres. Die nächststehende Tabelle veranschaulicht deutlich, in welchem Maße sich der Lohn von der Indexziffer erweiterte, der Reallohn also jahrl. mit feier zahlenmäßigen Erhöhung sank:

	Juli	August	September	Oktober	Dezember
Ernährung	80	43	51	154	266
Leizung u. Beleuchtung	23	34	48	161	251
Wohnung	2	3	3	4	8
Bekleidung	37	48	65	260	386
Lebenshaltungs-Index mit Bell	24	34	41	133	220
Lohn eines Metallarbeiters	15	22	32	93	—
Bauhandwerkern	14	28	37	97	162
Holzarbeiter	—	—	—	—	177
Buchdrucker	18	22	31	75	—

Das aber von dem sinkenden Reallohn Gesagte wird augenzüglich bewiesen durch die Angaben über die Löhne der Buchdrucker: im Februar betrug in diesem Gewerbe der

berücksichtigen auf der Heimfahrt der drei, eins auf der Eisenbahn aber in Berlin losgegangen, dann hätte bei der riesigen Sprengkraft einer mittleren Mine das Unglück Hunderte von Opfern gefordert.

Explorationsangriff. In Unterkrain bei Starhemberg ereignete sich ein schweres Explorationsunglück. Gafwirt Rad hatte mehrere Sprengstoffe zum Stadtbrennen bezogen, der im Sprenghaus eingelagert wurde. Der Dienstleicht Eisberger war zumal beschäftigt den Sprengstoff, der fast aufcheinend durch Feuchtigkeit erhärtet hatte, mit einem Beil auf dem Betonboden zu zertrümmern, um ihn zum Gebrauch vorzubereiten. Sein Mitarbeiter Spindler sah bei dieser Arbeit zu. Plötzlich explodierte der Sprengstoff, das Sprenghaus flog in die Luft. Die beiden Spindler wurden als Leichen unter den Trümmern hervorgezogen, ein weiterer Freizeit, der im Stadtbrennen erhielt verschiedenes Verhängnis. In der Umgebung wurden sämtliche Fensterscheiben eingeschossen. Der Schaden geht in die Millionen.

Die amerikanische Hilfe zur Süderung der Hungersnot in England. Nach den vorliegenden Berichten der American Re-

lief Administration für das Jahr 1922 konnte der ursprüngliche Plan, 1 Million Kinder und erkrankte Erwachsene in Russland zu ernähren, im Jahre 1922 derart ausgebaut werden, daß von 1. August ab im ganzen 10.429.399 Personen fortlaufend Nahrung erhielten. In dieser Zahl sind 4.171.441 Kinder und 6.257.928 Erwachsene enthalten. Dank dieser Hilfsstätigkeit wurde eine energische Bekämpfung der Hungersgefahr durchgeführt. Nach den Schätzungen der Sowjet-Behörden betrug die Bevölkerung der Hungergebiete ungefähr 42.356.000 Personen, 23.895.000 Personen zählten zu den tatsächlich hungenden. Der von der American Relief Administration übernommene Verband von Lebensmittel- und Kleiderpäckchen sind starken Zuspruch. Bis Ende Januar 1923 waren im ganzen 8.364.580 Dollar für diese Zwecke gespendet worden.

Berantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leibert; für Freiheit Löbel und Feuerlein Hermann Bauer; für Soziale Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg — Druck von Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Löbel.

**Dixin** das dankbare Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:  
HENKEL & CIE., DUSSELDORF